

LÉGATION DE SUISSE
WASHINGTON 8, D. C.

Politischer Bericht
No. 25
CB/ss

En circulation
13. 12. n. 4p.
Den 5. Dezember 1947.

Herr Bundesrat,

*Referat
20. 12. 47/16*

Während der Senat mit 83 gegen 60 Stimmen die Gewährung einer Nothilfe von 597 Millionen Dollar an Frankreich, Italien und Oesterreich schon beschlossen hat, wird im Repräsentantenhaus die Debatte darüber erst am 9. Dezember beginnen. Der Aussenausschuss des Hauses schlägt eine Kürzung des Kredites an die genannten Länder von 67 Millionen vor und will gleichzeitig 60 Millionen China zuwenden. Vermutlich wird schliesslich, vielleicht mit einer Kürzung und wahrscheinlich mit einigen neuen Bedingungen, dem Senatsentwurf zugestimmt werden.

Wird schon die Behandlung des genannten Überbrückungskredites länger als geplant dauern, so ist nicht abzusehen, was für eine Reihe von Einwendungen, was für Einschränkungen und Bedingungen der Vorlage betreffend Europahilfe vom 1. April 1948 bis 30. Juni warten. Die Eingaben der amerikanischen Handelskammern und des Industriellenverbandes geben davon einen Begriff und legen die Befürchtung nahe, es werde die zunächst gross gedachte Hilfsaktion in eine amerikanischen Interessen dienende Wirtschaftsförderung ausarten (Beilage).

Zur Zeit allerdings haben im amerikanischen Denken politische Erwägungen die Oberhand, sodass der Marshall-Plan in allen seinen Details einzig als Mittel im Kampfe gegen Russland aufgefasst und diskutiert wird. Die Verbitterung gegen und die Furcht vor Russland wachsen zusehends angesichts der Londoner

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,
Chef des Eidgenössischen Politischen Departements,
B e r n .



-2-

Konferenz und namentlich der Vorgänge in Frankreich und Italien. Auch Befürworter des Planes verlangen von der Regierung Garantien dafür, dass die Hilfe - also zunächst der Ueberbrückungskredit - nicht schliesslich kommunistischen Regierungen und damit Russland zugute komme, welches den Plan ja bekämpft.

Es sind deswegen sehr weitgehende Klauseln politischer Art zu erwarten, welche das Parlament an die zu gewährenden Kredite knüpfen wird. Andererseits dürfte politische Dringlichkeit, also die Furcht, durch Zögern dem Gegner zu nützen, die Fortsetzung der Debatten ins Endlose verhüten.

Das amerikanische Publikum ist in den letzten Wochen durch die kompetentsten Kenner über die militärische Situation der USA im Verhältnis zu Russland aufgeklärt worden. Wohl nur zu diesem Zwecke bestellte Präsident Truman eine Kommission, welche in öffentlichen Sitzungen die Generäle Eisenhower, Spaatz, sowie Kabinettsmitglieder und andere bekannte Experten über den Stand der amerikanischen und der russischen Luftwaffe befragte, wobei festgestellt wurde, dass zum Schutze gegen einen möglichen russischen Angriff - diese Möglichkeit wurde ohne Umschweif erörtert - eine starke Erhöhung der amerikanischen Effektiven nötig und deswegen auch die Verstärkung der Flugzeugindustrie erforderlich sei. Auch die Entwicklung neuer Typen, namentlich von Raketenflugzeugen, wurde empfohlen. Zur Zeit dieser Befragungen gab die Atom Energie Kommission bekannt, dass auf Eniwetok Island eine Prüfungsstelle für Atomwaffen eingerichtet werde - eine Meldung, die auf die Entwicklung neuer Waffentypen schliessen

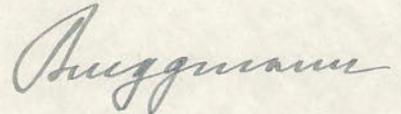
-3-

lässt, und Lilienthal, der Vorsitzende der Kommission verkündete in einer Rede, dass ein grosszügiges Programm für die Erhöhung der Produktion von Atomenergie in Angriff genommen sei. Der bisher hiefür verwendete Betrag von 2 1/2 Milliarden Dollars solle verdoppelt werden.

Diese Aufschlüsse haben ihren Eindruck auf das amerikanische Publikum nicht verfehlt; sie scheinen eine Vorbereitung auf die massiven Rüstungskredite zu sein, welche von den Militärs als nötig angesehen werden.

Sollte die Spannung im Verhältnis zu Russland sich weiter steigern, so wäre es nicht verwunderlich, wenn militärische Rüstungsziele schliesslich mit dem Marshall-Plan weitgehend verquickt würden.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.



Beilage.

Notiz ueber die Erklaerungen der "United States Chamber of Commerce" und der "National Association of Manufacturers" zum Marshall-Plan.

Im Dokument, das die "National Association of Manufacturers" (NAM) Praesident Truman ueberreichte, sind folgende Gedanken fuer die von dieser Gruppe verfolgten extrem-privatlichen Interessen bezeichnend:

Auf amerikanischer Seite darf das Hilfsprogramm nicht zu neuen Kontrollen ueber Preise, Loehne usw. fuehren. Die Empfangsstaaten sollen aufgefordert werden, die Kartelle zu bekaempfen, keine neuen Nationalisierungsprogramme zu unternehmen, die private Konkurrenz nicht weiter einzuschränken, und Preis- und andere Kontrollen abzuschaffen, sobald es die amerikanischen Leiter des Hilfsprogrammes fuer gegeben erachten. Jede Hilfe waere davon abhaengig zu machen, dass amerikanische Buerger und ihre Investitionen im Empfaengerland nicht schlechter behandelt werden als die eigenen und Staatsangehoerige anderer Laender. "Konfiskatorische" Zoelle oder Steuern auf amerikanischen Exportguetern oder Investitionen waeren ein Grund, die Hilfe zu verweigern. Empfaenger amerikanischer Beitragsleistungen sollten nach Moeglichkeit Privatfirmen und nicht die Regierungen sein. Das Hilfsprogramm waere in kurze Etappen einzuteilen, wobei die Mittel fuer jede weitere Etappe jeweils nur dann gewaehrt wuerden, wenn die frueheren Zuwendungen zum vorgesehenen Ergebnis gefuehrt haetten. Die Aufsicht und Durchfuehrung sollte einer amerikanischen Koerperschaft uebertragen werden, deren Verwaltungsrat vom Praesidenten zu ernennen, vom Senat zu bestaetigen und dem Praesidenten verantwortlich waere. Der Praesident haette in der Auswahl die von den nationalen Wirtschaftsorganisationen vorgeschlagenen Listen zu beruecksichtigen.

Die von der "United States Chamber of Commerce" veroeffentlichten Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Vorvertraege mit den Empfaengerlaendern haetten die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zu gewaehrleisten. Planwidrige Verwendung & unzweckmaessige Verwaltung der Europahilfe oder auch nur die Feststellung, dass die erzielten Resultate unbefriedigend sind, waeren ein Grund fuer die Einstellung der Unterstuetzung. Die Hilfe soll nach Moeglichkeit von Industrie zu Industrie und nicht von Regierung zu Regierung gewaehrt werden. Die Empfangsstaaten haetten sich bereit zu erklaren, Amerikanern das Recht zur Leitung und Ueberwachung des Programmes einzuraeumen, ohne den Vereinigten Staaten Imperialismus vorzuwerfen. Die Vereinigten Staaten wuerden sich jedoch an der Wirtschaftsideologie der Empfangsstaaten desinteressieren, solange die grundlegenden Freiheitsrechte gewahrt blieben. Die aus dem Verkauf von Hilfssendungen anfallenden Betraege in Landeswaehrung koennten entweder von den Vereinigten Staaten zur Anlegung von strategisch wichtigen Vorraeten oder vom Empfaengerland fuer wirtschaftliche Unternehmungen und fuer die Stabilisierung seiner Waehrung verwendet werden. Fuer ihre Verwaltung waere ein Komitee mit amerikanischer Mehrheit einzusetzen. In Deutschland sollte der industrielle Wiederaufbau durch die Uebertragung aller Wirtschaftsangelegenheiten an eine amerikanische Zivilbehoerde beschleunigt werden.

Washington,
den 1. Dezember 1947.